



TelKo mit dem HKM: VBE hakt bei Präsenzunterricht, Abschlüssen und Einschulung nach



(10.05.2020) Hessen hat nächste Schritte zur Öffnung der Schulen beschlossen – und trotz der zahlreichen Schreiben, die Kultusministerium und Staatliche Schulämtern an die Schulleitungen senden, gibt es an den Schulen noch einige Unsicherheit und viele ungeklärte Fragen.

In einer Telefonkonferenz zwischen dem Kultusminister und weiteren Mitarbeitern des HKM auf der einen Seite sowie Vertretern der Gewerkschaften und Interessensverbänden auf der anderen Seite hatte der VBE Hessen am vergangenen Donnerstag die Gelegenheit, kritische Punkte bei der Umsetzung der Vorgaben zu benennen. Dazu gehören die beschränkten Raumkapazitäten ebenso wie die Tatsache, dass viele Lehrkräfte als Angehörige von Risikogruppen nicht im Präsenzunterricht eingesetzt werden können – was vor allem kleinen Schulen und weiterführenden Schulen, an denen fachfremdes Unterrichten nicht so einfach ist, zu schaffen macht.

Das HKM hat unserem Eindruck nach diese Hindernisse im Blick – gemäß dem Motto: „Wir machen das Machbare“. Dennoch stellt der VBE Hessen Sinn und Qualität des Präsenzunterrichts in Frage, wenn z. B. Hauptfächer aufgrund von Personalmangel fachfremd besetzt werden.

Anliegen des VBE Hessen wie eine längere Verweildauer für DaZ-Schüler/innen, Regelungen auch für die Förderschulen sowie klare Aussagen zu den Risikogruppen, die wir schon vorher an das HKM herangetragen hatten, werden in den schulformbezogenen Schreiben und der Tabelle zum Einsatz von Lehrkräften erfreulicherweise berücksichtigt.

Wiederholt hat der VBE-Landesvorsitzende Stefan Wesselmann auf die Ungleichbehandlungen von Schüler/innen an verschiedenen Schulformen hingewiesen, die demnächst ihren Hauptschulabschluss machen. Denn während an Hauptschulen und KGSen die Prüfungen abgenommen werden, sind sie für Maßnahmen wie PuSch (Berufsschule) und BüA (Berufsfachschule) ausgesetzt. An Gymnasien, wo es ohnehin keine Prüfungen für den Haupt- und Realschulabschluss gibt, sondern mit der Versetzung eine „Gleichstellung“, wird das Ganze geradezu ad absurdum geführt: Da es in diesem Sommer keine Nichtversetzung gibt, werden Abschlüsse quasi automatisch erteilt.

Außerdem drängte der VBE Hessen auf verbindliche Aussagen zum Umgang mit den anstehenden Einschulungen, vor allem mit Blick auf die Feststellung der Schulfähigkeit bei fehlenden schulärztlichen Untersuchungen. Hier wären Aussagen zu Zurückstellungen und zum Umgang der Staatlichen Schulämter mit Widersprüchen von Eltern hilfreich, um allen Beteiligten unnötige Arbeit und mögliche

Auseinandersetzungen zu ersparen.

Foto: quino/unsplash